

ZU DIESEM HEFT

Ende Januar 2017, während der Druckvorbereitung dieser Ausgabe, schreibt uns Krzysztof Ruchniewicz, der dem Beirat der »Zeithistorischen Forschungen« angehört: »Sie können sich vorstellen, dass ich die neue polnische Geschichtspolitik mit großer Sorge beobachte. Sie ist Teil der polnischen Politik überhaupt. Das, was wir bis heute erreicht haben, wird ganz schnell verspielt. [...] Ich hoffe nur, dass die alten Kontakte und Freundschaften nicht abgebrochen werden, noch ist Polen nicht verloren!« Auch über den polnischen Fall hinaus, wo Grundelemente der nach 1989/90 etablierten demokratischen Ordnung bedroht sind, waren die vergangenen Monate von einer in dieser Form unerwarteten Kumulation turbulenter Ereignisse geprägt, die unter Zeithistorikerinnen und Zeithistorikern ebenso wie in der allgemeinen politischen Öffentlichkeit eine eigentümliche Melange aus Sorge und Wut, Resignation und Aufbruchstimmung, Ratlosigkeit und Analyseversuchen hervorgebracht hat. Wenn Wissenschaftler, Journalisten und Beamte in der Türkei zu Tausenden verfolgt, aus ihren Berufen gedrängt und oft willkürlich inhaftiert werden, wirft dies die Frage nach Analogien zur deutschen Situation des Jahres 1933 auf,¹ und generell sind historische Referenzen momentan rasch, mitunter vielleicht zu rasch bei der Hand.

Ob der Vergleich zwischen Trump und Hitler² und der rasante Verkaufserfolg von Orwells »1984« in den USA³ erkenntnisfördernd sind oder womöglich noch zu stark einer verlässlich einrastenden, aber inzwischen überholten Mechanik folgen, sei hier dahingestellt. Auffällig ist jedenfalls, dass *science/humanities as usual* unter den gegenwärtigen Bedingungen einerseits kaum praktikabel, andererseits aber gerade jetzt notwendig erscheint. Demokratie und freie Wissenschaft beruhen auf Voraussetzungen, die sie selbst nur begrenzt etablieren und garantieren können, zu denen die Akteure des Wissenschaftssystems und der Medien aber durchaus beitragen müssen. Bis vor kurzem hätte man eine solche Aussage für trivial halten können. Vielleicht führt die derzeitige Weltlage indes vor Augen, dass der »Nutzen« der Geistes- und überhaupt aller Wissenschaften noch einmal neu legitimiert werden

-
- 1 Vgl. aus dem Sommer 2016 z.B.: Türkei-Debatte. Vom Sinn und Unsinn historischer Vergleiche. Jörn Leonhard im Gespräch mit Korbinian Frenzel, in: Deutschlandradio Kultur, 9.8.2016. Inzwischen, nach weiterer Zuspitzung der türkischen Entwicklungen, würde Leonhard seine Antworten eventuell schon etwas anders gewichten.
 - 2 Is Donald Trump a Fascist? Yes and no, in: Slate, 10.2.2016; Too Close for Comfort. How much do the early days of the Trump administration look like the Third Reich? Historian Richard Evans weighs in, in: Slate, 10.2.2017 (Interviews von Isaac Chotiner mit Robert Paxton und Richard Evans – vor und nach den US-Wahlen –, die beide differenziert auf Parallelen und Unterschiede hinweisen). Siehe außerdem Timothy Snyder, *Him*. His election that November came as a surprise..., in: Slate, 18.11.2016.
 - 3 Adrian Daub, Orwell ist eine praktische Allzweckwaffe. Kann uns der Klassiker »1984« beim Versuch helfen, Trumps Amerika besser zu verstehen?, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 3.2.2017.

muss,⁴ dass aber auch politische Intervention erforderlich werden kann, wenn eine Situation eintritt, in der die distanzierte Rolle des wissenschaftlichen Beobachters nicht mehr genügt. Dabei sind Zeithistoriker/innen nicht per se klüger als andere Menschen, und die Orientierungsfunktion historischer Erfahrungen für die Gegenwarts- und Zukunftsbewältigung ist mindestens strittig. Das Vertrauen auf »unseren historischen Tastsinn«⁵ ist jedoch eine leise Hoffnung, die sich auf fachspezifische Fundamente stützen kann.

Die Beiträge des vorliegenden Hefts sind natürlich keine direkten Kommentare zum Zeitgeschehen, stehen mit diesem aber in einer Relevanz- und Resonanzbeziehung. So skizzieren *Habbo Knoch* und *Benjamin Möckel* Ansätze einer »Moral History« für das 20./21. Jahrhundert. Mit einer Kombination epistemologischer, systematischer und genuin historischer Perspektiven fragen sie in ihrem Essay nach moralischen Prämissen, Standards und Praktiken, nach deren Kontinuitäten und Wandlungsprozessen. Das Ziel ist dabei keine »Moralisierung durch Geschichte«, sondern eine »Historisierung des Moralischen«. *Frank Böschs* Aufsatz über das Engagement für vietnamesische »Boat People« in der Bundesrepublik um 1980 liefert dazu, auch wenn die Texte unabhängig voneinander entstanden sind, in gewisser Weise eine Fallstudie. Zugleich rückt dieser Beitrag die aktuelle Frage nach der Aufnahmebereitschaft der deutschen Gesellschaft für Flüchtlinge in eine zeithistorische Perspektive, bei der einige Parallelen zur Gegenwart hervortreten. Zivilgesellschaftliches, publizistisches und staatliches Handeln ergänzten einander und schufen neue Formen humanitärer Hilfe, doch war die Phase der großen öffentlichen Empathie zeitlich begrenzt, und die Aufnahme der vietnamesischen »Kontingentflüchtlinge« blieb in mancher Hinsicht ein Sonderfall, der zu keiner generellen Transformation politisch-moralischer Standards im Sinne einer Universalisierung der Hilfe führte.

Das Handeln der »Instandbesetzer« im West-Berlin der 1980er-Jahre, das *Reinhild Kreis* untersucht, lässt sich ebenfalls in den größeren Zusammenhang der Suche nach einer neuen »moralischen Ökonomie« einordnen, verfolgte aber auch ganz praktische Ziele. Die handwerkliche Selbsthilfe – als ein eigenständiges Segment der politisch motivierten Hausbesetzerszene – war zwar mit einigen Misserfolgen und Frustrationen verbunden, leistete jedoch einen Beitrag für eine flexiblere Wohnungspolitik. Es mag verlockend sein, darin Anregungen für gegenwärtige Problemlagen des Immobilienmarkts zu suchen. Allerdings sind die Konstellationen wohl zu verschieden, als dass sich aus den damaligen Protestpraktiken historisch grundierte »Rezepte« ableiten ließen. Der Aufsatz liefert zum einen weitere anschauliche Facetten zur spezifischen Geschichte West-Berlins (vgl. auch ZF 2/2014); zum anderen stehen hier Debatten

4 Michael Hagner, Trump offenbart den Nutzen der Geisteswissenschaften. Im Kampf gegen den politischen Irrationalismus sollten Geistes- und Naturwissenschaften stärker zusammenhalten. Sonst droht der Rückfall in die Ignoranz, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 11.2.2017; Bernhard Pörksen, Sind wir an allem schuld? Neuerdings heißt es, mit Donald Trump und Wladimir Putin regiere die Beliebigkeit der Postmoderne, für die neue, autoritäre Weltordnung seien die Kultur- und Geisteswissenschaften verantwortlich. Das ist eine Verdrehung der Tatsachen, in: *ZEIT*, 2.2.2017.

5 »Uns bleibt nur unser Tastsinn«, in: *Welt*, 4.2.2017 (Interview von Andrea Seibel mit Dan Diner).

um Wohn-, Lebens- und Arbeitsformen im Zentrum, deren Bedeutung über West-Berlin hinausreicht. Bei solchen Debatten wurde und wird vielfach soziologisches Wissen mit aufgerufen oder neu generiert, und generell bilden Versuche zur Historisierung sozialwissenschaftlicher Theoreme und Akteure seit einigen Jahren bekanntlich einen Schwerpunkt der zeithistorischen Forschung. In unserer Rubrik »Quellen« erläutert *Kerstin Brückweh* nun die arbeitssoziologischen Fallstudien, die seit 1968 vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) betrieben worden sind. Möchte man das dortige Material für Sekundärauswertungen der Geschichtswissenschaft nutzen – und es erscheint sehr lohnend, dies zu tun –, so muss man auch die Methoden und institutionellen Konstellationen des SOFI berücksichtigen. Mit ihrem Einblick in die Göttinger Studien vor allem der 1980er-Jahre leistet Brückweh einen Beitrag zur Zeitgeschichte der Arbeit und zur Wissenschaftsgeschichte der Soziologie gleichermaßen.

Wie immer können hier nur wenige Schlaglichter auf die Inhalte des Hefts geworfen werden. Ein Thema, das in den vergangenen Monaten spezielle Aufmerksamkeit gefunden hat und mit dem Profil unserer Zeitschrift in besonderer Weise zusammenhängt (vgl. schon ZF 1/2004 und 3/2004), ist die Frage nach der »Verfassung« der Europäischen Union und des europäischen Projekts – eine Frage, die keineswegs neu ist, aber durch den Ausgang des britischen EU-Referendums vom Juni 2016 eine zusätzliche Brisanz erhalten hat. *Kiran Klaus Patel* erläutert unter dem Eindruck des »Brexit« vergleichbare frühere Fälle, nämlich den »Algxit« der 1960er- und den »Gröxit« der 1980er-Jahre. Betrachtet man die auf den ersten Blick etwas exotischen, aber historisch-analytisch wichtigen Beispiele Algerien und Grönland, so wird deutlich, dass die Frage nach »drinnen« oder »draußen« letztlich weniger entscheidend ist als das konkrete Ausmaß der Kooperation der verschiedenen Länder. Für die Europa-Historiographie leitet Patel daraus das weiterreichende Plädoyer ab, das »Wechselverhältnis von Integration und Desintegration« komplexer zu erforschen als bisher. Dass kluge Beobachter des europäischen Alltags der Geschichtswissenschaft dabei mitunter voraus sind, zeigt *Christoph Cornelißen*, der in der Rubrik »Neu gelesen« an Hans Magnus Enzensbergers treffsicheren Band »Ach Europa!« von 1987 erinnert.

Ein anderer prominenter Vertreter des »eingreifenden Denkens« in der Tradition Hannah Arendts und Ralf Dahrendorfs, der Soziologe Zygmunt Bauman, ist im Januar 2017 mit 91 Jahren verstorben. *Thomas Etzemüller* hat Baumans einflussreiches Buch »Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust« (auf Englisch zuerst 1989 erschienen) mit kritischem Blick noch einmal gelesen. Es ist ein Ausdruck des intellektuellen Respekts gegenüber Persönlichkeiten wie Bauman, sie nicht als »Klassiker« aufzusockeln, sondern mit dem Hinweis auf Lücken und Inkonsistenzen ihrer Schriften die heutigen Leser/innen zum eigenständigen Weiterdenken zu ermutigen.

Jan-Holger Kirsch für die Redaktion